

Merkel will jetzt Jamaika erzwingen



Von WOLFGANG HÜBNER | Die Kanzlerin wird ungeduldig. Denn sie will endlich wiedergewählt werden, egal von wem, egal wie. Und ungeduldig sind längst auch diejenigen im Hintergrund, die ebenso dafür sorgen können, dass Merkel an der Spitze verbleibt wie auch von der Spitze verschwindet. Niemand sollte so naiv sein zu glauben, die muntere Jamaika-Runde auf und hinter dem Balkon entscheide allein, wer die bedeutendste Wirtschaftsmacht in Europa regieren darf. Da aber die verschiedenen an der Regierungsbildung beteiligten Parteien durchaus unterschiedliche taktische Interessen haben, die eine schnellere Einigung zu verzögern drohen, wird den beiden zickigen Problemfällen FDP und CSU jetzt die gelbe Karte gezeigt.

Und das tut Merkel höchstpersönlich: Sie, ausgerechnet die Kanzlerin der offenen Grenzen und der folgenreichsten Invasion eines Landes zu Friedenszeiten, mahnt nun eine „staatspolitische Verantwortung“ der beteiligten Parteien an, womit sie natürlich nicht ihre devote CDU oder die ministergeilen Grünen meint. Merkel will mit dem Hinweis auf eine „staatspolitische Verantwortung“, die es in einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung nur gegenüber dem Grundgesetz und der Rechtsordnung geben kann, einzig und allein ihre eigene vierte Krönung erzwingen.

Wer in den letzten Wochen genau hingehört hat, wer diese Phrase von der „staatspolitischen Verantwortung“ in Umlauf

gebracht hat, wird sich erinnern, dass das bereits am Wahlabend die Grüne Katrin Göring-Eckardt und danach immer wieder mit chronisch verlogenen Pathos ihr Kumpane Cem Özdemir waren. Daran zeigt sich fast schon überdeutlich das Zusammenspiel von Merkel mit den Grünen, mit denen die Kanzlerin ja so gerne eine Zweierkoalition der endgültigen Abschaffung Deutschlands gebildet hätte.

Sowohl die FDP wie die CSU wissen, wer Jamaika will und braucht. Für beide Parteien stellt sich aber – wenngleich unterschiedlich zugespitzt – die existenzielle Frage, ob sie sich wirklich diesem Zusammenspiel von Merkel/Grünen unterwerfen dürfen. Wenn sie das tun, was laut Merkel bis zum 16. November geschehen soll, dann deshalb, weil diejenigen, von denen FDP und CSU letztlich mehr abhängen als von der Gunst der Wähler, das so wollen.

Doch die Kanzlerin mit streberhafter FDJ-Vergangenheit hat schon immer gespurt, wenn die Mächtigen in Deutschland-Ost wie Deutschland-West ihr die Richtung gewiesen haben. Da kann sie doch erwarten, dass auch Lindner und Seehofer endlich in die richtige, also ihre Spur kommen. Auf zwei weitere politische Männerleichen auf ihrem für Deutschland verhängnisvollen Weg kommt es nun wahrlich nicht mehr an.



Hübner auf
der Buchmesse
2017 in
Frankfurt.

PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der 71-jährige leidenschaftliche Radfahrer ist über seine Facebook-Seite erreichbar.